

Recht auf Stadt Forum 2019

– Workshops

Freitag 17. Mai Crashkurse 16 bis 18h

Munzipalismus – ein linker Marsch durch die Rathäuser?

Aus den Platzbesetzungen der Krisenproteste 2011/2012, aus sozialen Bewegungen und Arbeitskämpfen gründeten sich in vielen Städten Spaniens neuartige Zusammenschlüsse – die sogenannten munizipalistischen Listen. Mit den Kommunalwahlen im Mai 2015 überschritten diese hybriden Bündnisse die Schwellen lokalstaatlicher Institutionen unter anderem in Barcelona, Madrid, Valencia, Zaragoza, Santiago und Badalona, wo sie nun seit einer Legislaturperiode (die nächsten Wahlen stehen vor der Tür) als Teil eines Netzwerkes ‚rebelloischer Städte‘ (mit)regieren. An den Beispielen Madrid, Zaragoza und Barcelona wird gezeigt, wie munizipalistische Politik seit 2015 bewegt, wo sie sich an den etablierten Institutionen des Nationalstaates aufreift und welche inneren Widersprüche sie hat.

Niels Boeing, Recht auf Stadt Hamburg

Digitalisierung und städtischer Raum (16-19h)

In diesem Workshop wollen wir den Horizont einer zunehmend von Netzwerktechnologien durchdrungenden Stadt beleuchten. Neben einer Vorstellung aktueller Entwicklungen in Hamburg [mit den Stichworten Smart City und Mobilität] wird es Überlegungen zu antagonistischen politischen Praxen aus den Erfahrungen des Protests gegen Google in Berlin geben. Dem schließt sich die Frage nach einem informationellen Recht auf Stadt an. Welche Perspektiven haben die Bewohner*innen digitalisierter Städte, welche Kritik- und Protestansätze gibt es?

Mit Aktiven der Gruppe Commode aus Hamburg, dem nogoog-gecampus-Bündnis in Berlin-Kreuzberg und von city/data/ explosion aus Bremen/Hamburg .

Führung durch die Fux e.G Kaserne

Urban Citizenship

10 Jahre Recht auf Stadt

L’UM

Abendprogramm

Buy Buy St. Pauli (20h)

Eine Langzeitdokumentation über den Kampf um die Eso-so-Häuser. Mit Be- und Anwohner_innen, initiative Ezzo-häuser, bayerischer hausbau, bezirksamtsleiter, recht-auf-stadt-bewegung, mit internationalen verflechtungen, wut, aktionen und einer nicht so schlechten aussicht! Irene Bude, Olaf Sobczak, Steffen Jörg | D 2014, 86 min

Wimmelbild „Recht auf Stadt“ wird lebendig! (21h)

Mit Filmclips und Fotos werden die realen Geschichten lebendig, die hinter den Zeichnungen und Szenen des Wimmelbilds "Recht auf Stadt" (https://wimmelbild.animationsfilm.de/wimmelbild-recht-auf-stadt/) stecken.

Es landen echte Sahnetorten in echten Gesichtern und die Baumaschine auf der Großbaustelle macht sich wirklich selbständig. Genmais wird ausgereissen und Riot Dog Louk bellt die Polizei an. Eine echte "Schwarzfahrer-S-Bahn" fährt durch Stuttgart, Wasser brennt, Senior*innen besetzen Häuser,...und einiges mehr!

Mit Marc Amann, Wimmelbild-Ideengeber.

Samstag 18. Mai 10-12h Workshop-Phase 1

Munizipalismus in der Praxis – Erfahrungen aus Barcelona, Madrid und Zagreb

Die Idee eines neuen Munizipalismus, eines strategischen Fokussierens von Bewegungen auf die städtische Ebene hat nicht nur die Stadtpolitik in Spanien verändert. Sie findet darüber hinaus in verschiedenen sozialen und politischen Kontexten Anklang. Auch in anderen Städten haben sich ähnliche Initiativen nach dem Modell gegründet, so zum Beispiel in Zagreb, wo Mitglieder der Plattform Zagreb Je NAŠ! seit 2017 in verschiedenen Ebenen der städtischen Selbstverwaltungsinstitutionen an der Demokratisierung des Staates und gegen die Neoliberalisierung der Stadt arbeiten. Mit Gästen aus Barcelona (Jaime Palomera vom Sindicat de Llogaters (Mietergewerkschaft)) und Zagreb (Frana Lača und Tomislav Vukoja) sowie Niels Boeing, der sich seit längerer Zeit mit den Plattformen in Madrid und Zaragoza beschäftigt, wollen

wir in diesem ersten Teil des Workshopstrangs von den konkreten Kontexten und Erfahrungen vor Ort lernen. Wie gestaltet sich das Verhältnis zwischen Basisorganisation und institutionellen Akteuren? Können Strukturen geschaffen werden, die mehr Selbstverwaltung von unten ermöglichen? Welche substantiellen Politikverschiebungen sind möglich und wo liegen die Grenzen?

Die Inputs werden größtenteils auf Englisch sein, Flüsterübersetzungen werden organisiert.

Mit Gästen aus Barcelona (Jaime Palomera vom Sindicat de Llogaters (Mietergewerkschaft)) und Zagreb (Frana Lača und Tomislav Vukoja) sowie Niels Boeing, Recht auf Stadt Hamburg.

How to Mietentscheid

Vor etwas mehr als einem Jahr gab es in Frankfurt am Main die ersten Überlegungen, ein Bürger*innenbegehren gegen die steigenden Mieten zu starten. Letztes Jahr haben wir in knapp vier Monaten mehr als 22.000 Unterschriften gesammelt. Diejenigen, die unterschrieben haben, unterstützen unsere Forderungen, dass die stadteigene Wohnungsgesellschaft („ABG Frankfurt Holding“) ausschließlich geförderte Wohnungen neu baut und im Bestand ihre Mieten senkt. Wir wollen euch unsere Überlegungen und Strategien vorstellen und ggf. Anregungen geben, wenn ihr in eurer Stadt darüber nachdenkt, auch ein Bürger*innenbegehren zu starten. Fragen, um die es u. a. gehen soll, sind: Wie ist das Bündnis Mietentscheid entstanden und gewachsen? Wieso haben wir das „Aktions“-Format Bürger*innenbegehren gewählt und was hat es uns gebracht? Wie sind wir auf die Forderungen gekommen? Wie viel personpower und Ressourcen haben wir bisher mobilisiert? Wo stehen wir momentan?

Aktionsformen vom Briefe schreiben bis zur Blockade - vom besetzen und verhandeln

Das Bündnis Zwangsräumung verhindern aus Berlin möchte an Beispielen aus der Praxis das Zusammenwirken von Aktionsformen vorstellen. Wenn ein von Zwangsräumung Betroffener nach Bündnis kommt, dann erzählen wir seine Geschichte aus antikapitalistischer Sicht und besprechen gemeinsam eine Strategie. Zuerst schreiben wir einen Brief an Verantwortliche ohne Sozialarbeiter zu sein, gern gehen wir mit einem go-in zum Stadtrat oder dem Eigentümer, beschu einen gemeinsam Gerichtsprozess, um dann über verschiedene Eskalationsstufen zur Blockade aufzurufen. Hier geht es nicht um Methoden oder Kampagnen der Zivilgesellschaft, sondern um eine antikapitalistische Mieter*innenbewegung, in der jede*r ihren Platz finden kann. Die letzte Mietenwahnsinnsdemo am 6. April in Berlin und in vielen anderen Städten war so erfolgreich weil von der Enteignen-Kampagne bis zu den über 50 tausend Mieter*innen auf der Straße und der Besetzung eines symbolischen Ortes die Mieter*innenkämpfe gelernt haben, gemeinsam zu kämpfen.

Das Bündnis Zwangsräumung verhindern würde gern aus seiner Praxis berichten und neugierig sein auf die Erfahrungen in anderen Städten.

Bündnis Zwangsräumung verhindern aus Berlin

Sozial-ökologische Nachbarschaften nach dem Neustart Modell

Inspiriert vom Konzept „Neustart Schweiz“, https://neustart-schweiz.ch/nach-hause-kommen/ planen wir in Tübingen derzeit ein 500-Personen-Nachbarschafts-Neubau-Projekt auf einer städtischen Brachfläche.

Im Workshop stellen wir das Neustart-Modell vor und möchten gerne erfahren, welche Angebote/Nutzungsmöglichkeiten/Infrastrukturen Menschen sich für eine solche Nachbarschaft vorstellen und wünschen würden, wenn sie selbst dort leben würden? Welche Tipps habt Ihr für unser Projekt? Aber auch: Wie kann die Neustart-Idee „im Bestand“ bestehender Stadtviertel gedacht und umgesetzt werden?

Das Neustart-Konzept sagt, dass es aus sozialen und ökologischen Gründen effizienter ist, nicht viele kleine Wohnprojekte oder Baugruppen entstehen zu lassen, sondern durch einen genossenschaftlichen Träger ein großes Projekt zu realisieren, mit der Grundeinheit von Wohnraum für 500 Personen. 500 Personen, die klug vernetzt sind und gemeinsam wirtschaften.

Dadurch ist eine Ressourcen schonende Lebensweise ohne Verlust an Lebensqualität möglich. Der Zusammenschluss innerhalb von Quartieren macht überdies viele Dienstleistungen und Einrichtungen auch für Menschen mit kleinem Einkommen erschwinglich.

Die Bewohnenden können und sollen diverser sein als die üblichen links-alternativen Wohnprojekt-Bewohner*innen. Dauerhaft bezahlbarer Wohnraum geht dabei einher mit flexiblen den Bedarfen angepassten Wohnungszuschnitten (Einzelappartements, WG's, Familienwohnungen, Clusterwohnungen, Gästezimmer,...).

Die Privatflächen sind reduziert, dafür gibt es vielfältige gemeinschaftliche Räume und Flächen (Flexräume, Bibliothek, Großküche, Werkstätten, Materiallager, Geräteverleih, Wäscherei, Secondhand-Depot, Reparaturservice,...) und (soziale) Infrastrukturen sowie Dienstleistungen (Sorge und Pflege). Kombiniert ist die Nachbarschaft mit der Versorgung mit ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln einer solidarischen Landwirtschaft.

Ausgehend vom Neustart-Modell möchten wir für alle anstehenden Neubauviertel in allen Städten anregen: Denkt GROSS! Nicht 20 einzelne Wohnprojekte sondern eine und noch viel mehr Neustart-Nachbarschaften mit 500 sozial gemischten Personen!

Darüber möchten wir gerne mit Euch diskutieren!

https://neustart-tuebingen.mtmedia.org/

https://neustartschweiz.ch/nach-hause-kommen/

Initiative Neustart Tübingen

Vernetzung Selbsthilfe Wohnungslose

Recht auf Stadt aus der Sicht von wohnungslosen Menschen
In dem Workshop treffen sich wohnungslose Menschen - Einzelpersonen und Selbsthilfeinitiativen und ihre Unterstützer - , um gemeinsam Erfahrungen auszutauschen, sich zu vernetzen, wichtige und dringende Anliegen zu formulieren und gemeinsame Aktionen zu verabreden.

Moderation: Stefan (Berlin) und Olaf (Hamburg)

Reanimation von zerstörten öffentlichen Räumen

Wir melden uns heute von einem der gefährlichen Orte Hamburgs: St. Pauli-Hafenstraße.

Uns interessiert es, diesen Ort wieder als einen öffentlichen und gesellschaftlichen Raum zu etablieren, in dem wir gern über die Folgen unterschiedlicher Aufenthaltstitel und Rechte sowie den Gebrauch und Verkauf von unerlaubten Genussmitteln verhandeln. Jedoch ohne eine Pistole am Kopf doch gewaltbereite, bewaffnete Uniformierte in Gestalt der Task-force Drogen der Hamburger Polizei.

Unsere Umgebung ist wie andere Orte in der Stadt ein Ort radikaler sozialer Umwälzung. Doch ebenso ist sie ein Übungs- und Versuchsfeld der Polizei, endlich wieder ordnungspolitische Hoheit zu sein. Das sind Stressfaktoren. Aus unserem Verständnis von einem Recht auf Stadt sind wir an einer gemeinwohlorientierten Perspektive interessiert, die eine urbane Bürger*inschaft auf die Hamburger Agenda setzt. Eine Perspektive, bei der nicht die Letzten die Hunde beißen, sondern die Leute auf der Treppe endlich eine Chance auf ein menschenwürdiges Leben bekommen. Eine Perspektive, in der wir unsere eigenen Bürger*innenrechte als etwas sehen, das wir uns im Alltag gegen die Polizei zurückholen können. Eine Perspektive, in der Stadt als urbane Umgebung etwas anderes ist als das „Unternehmen Hamburg“ der Hamburger Bürgerschaft.

Bei dem Workshop wird zum Einen von den aktuellen Selbstorganisationsversuchen der diversen betroffenen Personen und Gruppen berichtet. Zum Anderen wird dargestellt, wie polarisiert auch an einem selbstverwalteten Freiraum die Debatten und Konflikte sind bei offenen Fragen um irreguläre Aufenthalts- und Einkommenslagen im Zuge der migrati-onsspolitischr Diskurse in Stadt, Republik und europäischer Union.

butclub - crew st. pauli-hafenstraße

Recht auf Stadt trifft Solidarity City (10-11h)

Inputs von Recht auf Stadt HH und We`ll Come United Berlin

BürgerInnenAsyl und selbstorganisierte Räume (11¹⁵-13³⁰)

BürgerInnenAsyl gibt es mittlerweile in über 10 Städten, siehe https://aktionbuergerinnenasyl.de/. Der Ansatz erscheint als eine überzeugende politische Antwort gegen den Abschiebeterror. Doch praktisch stellen sich viele konkrete Umsetzungsfragen. Wie finden Betroffene und UnterstützerInnen zusammen? Welche Orte eignen sich zur Aufnahme? Wie ist BürgerInnenasyl in jeweilige Bleiberechtsperspektiven eingebettet? Im Workshop wollen wir in erster Linie über praktische Erfahrungen reden: Wo liegen die Schwierigkeiten? Was hat sich bewährt? Wie können wir den Ansatz ausweiten? Inputs von Bürgerasylinitiativen in Berlin und Hanau.

14-16h Workshop-Phase 2

Munizipalismus in Deutschland, kritische Perspektive

Wie kann eine „rebelloische Stadtpolitik“ in Deutschland aussehen? Von der (Un-)Möglichkeiten, munizipalistische Praxis zu übertragen

Nach der Perspektive auf bestehende munizipalistische Plattformen in Spanien und Kroatien im ersten Teil widmen wir uns in diesem zweiten diskussionsorientierten Teil der Frage nach der Übertragbarkeit der damit verbundenen Politikkonzepte auf den deutschen Kontext. Was können Inhalte und Formen einer ‚rebelloischer Stadtpolitik‘ sein, die ausgehend von der Organisation von Menschen in ihren Nachbarschaften und Stadtteilen Priinzipien demokratischer Selbstbestimmung auf mehr und mehr Bereiche des gesellschaftlichen Alltags und Lebens überträgt? Wie können neue Kooperationen zwischen Bewegungen und Verwaltungen aussehen, die das ermöglichen? Fehlt es in Deutschland an Basisorganisation und Selbstorganisierungserfahrung, um treibender Faktor staatlich-institutioneller Politik zu sein? Ist es sinnvoll über die Gründung von Wahlplattformen nachzudenken oder können ganz andere Formen mit gleichen Zielen erdacht werden? Wir diskutieren auf Grundlage von Erfahrungen beim Aufbau einer ‚Arbeits- und Koordinierungsstruktur für gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in Friedrichshain-Kreuzberg‘ in Berlin, einer Struktur in Händen der Zivilgesellschaft, mit vom Bezirk bezahlten Stellen als Plattform zur praktischen Zusammenarbeit zwischen Rathaus und Initiativen; mit Organisator*innen der Stadtteilversammlung ‚St. Pauli selber machen‘, die über Jahre eine eigene Plattform für politischen Austausch und Intervention geschaffen haben, und mit Aktiven der Solidarischen Aktion Neukölln, die sich vor dem Hintergrund der Erfahrung mit rot-rot-grüner Stadtpolitik in Berlin kritisch auf munizipalistische Ideen beziehen.

Wie erreicht man eine weite Sichtbarkeit der eigenen Idee? Basierend auf unseren Erfahrungen mit der Mietentscheid Frankfurt - Kampagne bieten wir eine Art offene Werkstatt des individuellen Kampagnenbausystems an. Wir wollen gemeinsam mit euch eure Idee betrachten und sie auf den Weg zur Sichtbarkeit schicken. Dafür schauen wir uns gemeinsam eure bisherige Infrastruktur an und entdecken in ihr neue Türen. P.S.: Bringt also gerne eure Projekte mit Anschauungsmaterial oder einfach eine Idee mit. Bündnis Mietentscheid Frankfurt

RAS-Wiki

In Vorbereitung zum Recht auf Stadl Kongress 2011 wurde ein Wiki eingereicht, damit „stadtpolitisch Aktive Fakten, Konzepte und Wissen für das Recht auf Stadt“ sammeln und zugänglich machen können.

Wir machen einen Hands-on-Workshop, schauen uns an, wie der Wiki funktioniert und wie er mit Inhalt gefüllt werden kann. (Besondere Vorkenntnisse sind nicht notwendig, ein eigener Laptop wäre prima -)

Der Wiki ist unter http://wiki.rechtaufstadt.net erreichbar.

Ulf Treger, Hamburg

Demokratisierung und Selbstverwaltung in öffentlichen Wohnungsunternehmen – wie soll das gehen?

Viele Mieter_innen öffentlicher (kommunaler, landeseigener und bundeseigener) Wohnungsunternehmen mussten leidvoll erfahren, dass öffentliches Eigentum sie nicht vor Miets-teigerungen oder Privatisierung schützt. Deshalb fordern immer mehr Mieter_innen die Demokratisierung öffentlicher Wohnungsunternehmen: mehr Mitbestimmung in deren Verwaltungsstrukturen kann künftige Privatisierungen und die Erwirtschaftung von Rendite für den kommunalen Haushalt verhindern. Diese Demokratisierung fordert das Engagement der Mieterschaft. Aus diesen Engagement wächst auch der Wunsch nach selbstverwalteten Elementen in den Häusern und Siedlungen, nach dem Aufbau organisatorischer Strukturen und der Mit- und Selbstbestimmung bei Entscheidungen über das Wohnen. Demokratisierung und Selbstverwaltung stehen in einer Wechselwirkung, die wir gerne mit euch intensiver diskutieren würden.

In dem Workshop sollen Argumente gesammelt werden, warum eine Demokratisierung der öffentlichen Wohnraumversorgung sinnvoll ist Erfahrungen darüber ausgetauscht werden, wie man die Forderung nach Demokratisierung und Selbstverwaltung artikuliert und wie man sie gegenüber der kommunalen Venwaltung und den Unternehmen durchsetzt. Netzwerk kommunal & selbstverwaltet Wohnen, Berlin Bürgerinitiative für soziales Wohnen, Jena

Mit der Enteignung zum Roten Berlin?

„Ein Mietenvolksentscheid 2.0 und 3.0 sollte konkret diskutiert werden“, stellte die IL Berlin Anfang 2018 fest. Heute macht der Volksentscheid zur Enteignung der Deutschen Wohnen und anderer Berliner GroßmieterInnen landauf landab richtig Welle. Wie kann eine Gesamtstrategie aussehen, die sich auf den Weg macht zu einer sozialistischen Stadt- und Wohnungspolitik? Wie schaffen wir den privaten Wohnungsmarkt ab? Und was bedeutet es dabei, sich selbst ernst zu nehmen? Über den Stand der Suche nach Antworten in Berlin im Allgemeinen und die Kampagne ‚Deutsche Wohnen & Co. enteignen‘ im Besonderen berichten und diskutieren Marieke und Matti von der IL Berlin.

Mehr als ein paar Hausprojekte? Alternativen Wohnungswirtschaft aufbauen

Vermietung als Ausbeutung, Mieten als Abhängigkeit? Das muss nicht sein. Kollektiveigentumsformen wie Genossenschaften oder das Miethäuser Syndikat zeigen immer wieder, dass Wohnungsversorgung auch anders geht: Selbstverwaltet, langfristig sicher und bezahlbar. Doch fristet diese Art von alternativen Wohnungswirtschaft nach wie vor ein Nischendasein – soziokulturell ebenso wie ökonomisch. Das liegt auch daran, dass viele große Wohnungsbaugenossenschaften fast nur nominell Organisationen der demokratischen Selbsthilfe sind.

Wie können wir das ändern? Wir wollen darüber reden, wie wir neue (und nicht mehr ganz so neue) Ansätze zu einer anderen Wohnungswirtschaft stärken können. Wir freuen uns v.a. auf die Teilnahme von Menschen, die in ihren jeweiligen Städten in diesem Bereich aktiv sind.

BürgerInnenAsyl und selbstorganisierte Räume (14³⁰-17⁰⁰)

Selbstorganisierte Räume und Treffpunkte sind entscheidende Alltagsstrukturen und Ausgangsorte für lokale antirassistische Kämpfe. Es braucht dringend mehr alternative Möglichkeiten eines menschenwürdigen Wohnens, aber auch soziale (Willkommen-)Zentren und kollektive Anlaufstellen, beides nicht zuletzt als Matching Spaces und Schutzräume gegen Abschiebungen. Welche praktischen Erfahrungen gibt es? Von Wohnprojekten für minderjährige unbegleitete Geflüchtete bis zu Beratungscafes, von selbstorganisierten Zeitlagern bis zu versteckten Treffpunkten in den Camps. Inputs von Sol City Göttingen und New Hamburg

Urban Mapping und Urban Citizenship (15³⁰ -17⁰⁰)

Während die City ID in einigen Städten der USA realen Schutz vor Abschiebungen sowie umfassenden Zugang zu Sozialleistungen bietet, geht es in Deutschland bislang eher um symbolische Initiativen. Doch in einzelnen Bereichen (Stichwort Gesundheitsversorgung) sind in einigen Städten inklusive Projekte am Laufen, zu dem geht es mit dem Konzept und Diskurs der Urban Citizenship um erweiterte Räume für unterschiedliche Durchsetzungsstrategien. Auch hier wollen wir vor allem an Hand von praktischen Beispielen mögliche Perspektiven diskutieren. Inputs von Aktiven Recht auf Stadt Hamburg und FFM Berlin

16³⁰-18³⁰ Workshop-Phase 3

Abschaffung der Camps! Close all camps! Wohnungen für alle! Flats for all! (16³⁰-18)

Wir - NINA - womenN IN Action - frauEN IN Aktion stellen unsere Gruppe vor. Frauen sprechen über ihre Erfahrungen aus den Camps. Wir wollen mit euch diskutieren was es heißt uns zusammen für unser Ziel einzusetzen: Wohnungen für alle! We - NINA - womenN IN Action - frauEN IN Aktion introduce our group.Women speak about their experiences in the camps. We want to discuss with you what it means to stand together for our aim: Flats for all! Veranstaltung mehrsprachig. Event in several languages. Kommt vorbei und macht mit! Come and join! NINA - womenN IN Action - frauEN IN Aktion , Hamburg

Wie gelingt eine stadtweite Vernetzung von Initiativen?

Mieter*innen-Initiativen haben meist sehr spezifische und lokale Probleme. Um einen kollektiven Ausdruck ihrer Einzelkämpfe zu finden, schließen sich Initiativen oft zu eigentümerspezifischen oder stadteitlenen Vernetzungen zusammen. Dort können Initiativen idealerweise nicht nur ihre Erfahrung-

gen weitergeben und sich gegenseitig unterstützen, sondern auch stärkeren politischen Druck entwickeln.

In unserem Workshop möchten wir aus Perspektive der Berliner Vernetzung der Deutsche Wohnen Mieter*innen-Initiativen, dem „Mieter_innenprotest Deutsche Wohnen“ (www.deutsche-wohnen-protest.de), unsere praktischen Erfahrungen aus der Vernetzungsarbeit teilen und mit euch diskutieren:
* Was sind sinnvolle und realistische Ziele für Vernetzungsstrukturen?
* Sind Vernetzungsstrukturen der Schlüssel für größere Reichweite von Pressearbeit oder bessere aktivistische Handlungsfähigkeit?
* Wie geht man produktiv mit der Doppelbelastung Initiative und Vernetzungsstruktur um?
* Welche Methoden des Transformative Community Organizing können auch in Vernetzungsstrukturen funktionieren?
* Wie kann man Einzelpersonen in Vernetzungsstrukturen einbinden?
AG Starthilfe Berl

Yes in my Backyard - Stadtentwicklung von unten

Areale, die nicht mehr genutzt werden, auf denen noch Platz für Entwicklung ist können als Ort konkreter Utopien fungieren. Eine Strategie stadtpolitischer Initiativen ist es anhand der Entwicklung konkreter Grundstücke zu zeigen, dass Stadtentwicklung auch anders, nämlich gemeinwohlorientiert geht. Vier solcher Initiativen stellen ihre Arbeit vor. Dabei soll es vor allem darum gehen, welche Gefahren und Möglichkeiten Beteiligungs- oder Kooperationsverfahren mit kommunalen Verwaltungen bei der Entwicklung der Gelände bergen, und was Initiativen am Ende doch lieber selber machen sollten. Mit Bumke selber machen, Hannover; Stadt von Unten, Berlin; Zinnwerke, Hamburg; Stadt für Alle Bochum.

Hammer und Stellschrauben für eure methodischen Werkzeugkoffer

Ein Workshop zum Austausch über Methoden und Vorgehensweisen stadtpolitischer Initiativen und Gruppen Demos, Videos, Pressemitteilungen, künstlerische Aktionen, Veröffentlichungen, Newsletter, Dokumentationen, Flyer, Social-Media-Aktivität oder Spendenaktionen, wie Crowd-funding. Es gibt unzählige Möglichkeiten, die man nutzen kann um die eigenen Ressourcen durchzusetzen, einen Diskurs anzuregen und ggf. eine kritische Masse zu erzeugen. Dabei sind die eigenen Ressourcen oft begrenzt und sollten bestmöglich eingesetzt werden. Aber was nutzt frau wann und wie für welche Zwecke am effizientesten? Was hat wann besonders gut funktioniert, wie eher schlecht? Was kann person machen um Öffentlichkeit zu erzeugen? Ist es immer sinnvoll Plakate zu drucken? Wie kann Social Media effizient genutzt werden?

Über solche und ähnliche Fragen wollen wir gemeinsam mit euch ins Gespräch kommen und uns darüber austauschen, welche Erfahrungen und Expertise jede*r mitbringt, um so voneinander zu lernen und zu profitieren. Das Ergebnis des Workshops wird ein mit Tipps und Tricks gefüllter Werkzeugkoffer für zukünftige stadtpolitische Interventionen. Cityhof e.V., Hamburg

Gemeinschaftliche Bodenverwaltung

Grund und Boden vergesellschaften: Community Landtrusts Community Land Trusts (CLT) sind im englischsprachigen Raum verbreitete gemeinschaftliche, nicht-gewinnorientierte Eigentumsformen, mit denen Grund und Boden der Spekulation entzogen wird, um diesen dauerhaft für günstigen Wohnraum aber auch für andere soziale, kulturelle oder gewerbliche Nutzungen zur Verfügung zu stellen. Im Gespräch mit Vertreter_innen von Block 89 und der CLT Initiative aus Berlin, Mikropol Hamburg, Fux e.G. und dem Miethäusersyndikat wollen wir über die Möglichkeiten sprechen, diese Form auch in Deutschland zu etablieren – und über die Probleme, die sich in der Praxis ergeben.

Urban Mapping und Urban Citizenship (17¹⁵-18³⁰)

Während die City ID in einigen Städten der USA realen Schutz vor Abschiebungen sowie umfassenden Zugang zu Sozialleistungen bietet, geht es in Deutschland bislang eher um symbolische Initiativen. Doch in einzelnen Bereichen (Stichwort Gesundheitsversorgung) sind in einigen Städten inklusive Projekte am Laufen, zu dem geht es mit dem Konzept und Diskurs der Urban Citizenship um erweiterte Räume für unterschiedliche Durchsetzungsstrategien. Auch hier wollen wir vor allem an Hand von praktischen Beispielen mögliche Perspektiven diskutieren. Inputs von Aktiven Recht auf Stadt Hamburg und FFM Berlin

Abendessen und Vernetzung

Kompass für ein solidarisches Quartier - ein aktivistisches Werkzeug? (18³⁰-20)

Unsere Städte entwickeln sich immer mehr zu exklusiven Orten, in denen die alltäglichen Zwänge des Kapitalismus immer spürbarer werden. Unsere Antwort sind vielfältige Kämpfe um ein gutes Leben für Alle wahr werden zu lassen. So entstehen in den Rissen und Nischen der kapitalistischen Ordnung immer wieder kleine Utopien, die uns zeigen können wie eine neue Gesellschaft im Gehäuse der alten bauen könnten. Diese realen Utopien haben wir uns näher angeschaut und versucht zusammenzufragen.

Als Aktivist*innen und Geograph*innen haben wir uns gefragt wie die Felder Aktivismus und kritische Wissensproduktion enger verknüpfen können. Aus diesen Gedanken heraus ist im Rahmen einer kollektiven Abschlussarbeit der „Kompass für ein solidarisches Quartier“ als aktivistisches Fallblatt entstanden. Dieser Kompass soll die Richtung aufweisen, welche Aspekte zur Realisierung von gesellschaftlich-räumlichen Utopien beachtet werden müssen. Damit verfolgen wir das Ziel, den derzeit herrschenden Paradigmen in der Stadt einen positiven Gegenentwurf – ein ökologisches, demo-

kratisches und soziales Quartier – gegenüberzustellen und die scheinbare Handlungsunfähigkeit innerhalb gegenwärtiger Kräfteverhältnisse zu durchbrechen. Der Kompass soll zeigen, dass es reale Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Transformation gibt und wir gemeinsam daran arbeiten können.

Das Poster soll (stadt)politisch Aktive in ihrer Arbeit unterstützen, Anregungen geben und als Diskussionsgrundlage dienen. Kann ein solches Poster soetwas leisten? Wie können in universitären Arbeiten Dinge erarbeitet werden, die auch von Aktivist*innen genutzt werden können? Ist dies eine sinnvolle Form wissenschaftliche Erkenntnisse aufzuarbeiten? Welche weiteren Beispiele gibt es?

„Eine Stadt für Alle!“ Frankfurt am Main

Bundesweite Vernetzung von stadt- und mietenpolitischen Gruppen auf dem RAS Forum (9-11h)

Wir laden euch zur 2.bundesweiten Vernetzung von stadt- und mietenpolitischen Gruppen ein. Dieses findet im Rahmen des Recht auf Stadt Forums am 18./19.Mai in Hamburg statt. Das erste Treffen hatte im März in Berlin einerseits die Vorbereitung des Aktionstages gegen #Mietenwahnsinn am 6.April besprochen. Desweiteren ist die Vernetzung der Versuch die verschiedenen Gruppen stärker zusammenzubringen, um voneinander zu lernen und gemeinsame bundesweite Forderungen zu stellen, denn viele Auseinandersetzungen mit Vermietern und wohnungspolitischen Kämpfe im Lokalen benötigen grundlegende Entscheidungen mindestens auf bundesweiter Ebene. Bundespolitische Forderungen werden gleichzeitig auch im neuen Wohnbündnis gestellt, indem neben uns Initiativen & Recht auf Stadt Netzwerken auch Gewerkschaften, Mieter- und Sozialverbände mitarbeiten. Wie wir uns dort einbringen könnten, ist eine weitere Frage. Das Treffen im Rahmen des Recht auf Stadt Forums will den 6.4. nachbereiten, die Idee bisher nicht beteiligten Gruppen vorstellen, die gemeinsame Programmatik weiterentwickeln und nächste Schritte der Vernetzung beschliessen. Dazu wird es ein paar konkrete Vorschläge geben. Eine Grundlage unserer Forderungen - so haben wir auf dem Treffen im März beschlossen - sind die 5 Forderung, die bereits im 2017 aktiven Mietenwahnsinn stoppen Bündnis erarbeitet wurden. Wichtig ist durch die Vernetzung einen Mehrwert für die einzelnen lokale Ins zu produzieren, die Lage zu analysieren und die Basisarbeit zu stärken. Weitere Fragen sind unsere konkrete Organisation und die Ressourcenfrage so wie unsere Vorstellungen zur Idee einer bundesweite Demo 2020. Im weiteren Verlauf dieses Jahres soll es ein bundesweites WochenendTreffen geben, damit wir unsere Forderungen zusammen mit vielen weiteren Gruppen erarbeiten können. Dort wäre denkbar an spezifischen Themen zu arbeiten und zu einzelnen Unternehmen Arbeitsgruppen anzubieten. Wie das genau läuft und wann, wollen wir in Hamburg besprechen.

Wir machen ein Recht auf Stadt Magazin #2 (18³⁰-20)

Juhu, wir machen ein Magazin #2 Interessierteneren für die 2. Ausgabe des Recht auf Stadt-Magazins „Común“ Die erste Ausgabe von „Común - Magazin für stadtpolitische Interventionen“ liegt in deinen Händen und du bist so begeistert, dass du bei der nächsten Ausgabe unbedingt dabei sein willst? Oder du denkst dir: ‚ganz nett aber das kann man doch noch besser machen‘? Dann bist du herzlich zum Interessiertenreffen eingeladen! Wir berichten euch kurz von der bisherigen Redaktionsarbeit und überlegen dann alle gemeinsam, ob und wie wir mit dem Magazin weitermachen und was wir dafür brauchen. Und schließlich brainstormen wir auch schonmal, welche Themen/Schwerpunkte für die nächste Ausgabe interessant sein könnten.

Buy Buy St. Pauli (19³⁰)

Eine Langzeitdokumentation über den Kampf um die Eso-so-Häuser.

Mit Be- und Anwohner_innen, initiative Ezzo-häuser, bayerischer hausbau, bezirksamtsleiter, recht-auf-stadt-bewegung, mit internationalen verflechtungen, wut, aktionen und einer nicht so schlechten aussicht! Irene Bude, Olaf Sobczak, Steffen Jörg | D 2014, 86 min

VIVA LA BERNIE (18-24)

Early Dance mit Silly Walks (Sound System), Mirko Machine, Naughty Mix, Dusty Donuts, Eric T, Kobex, Hein Boogie. Ort: Bernstorffstr. 177

WOHL ODER ÜBEL Salon (21h)

Live-Hörspiel: LO & LOO präsentieren ‚Europa, ein Inselmärchen‘ zum Wahnsinn der EU-Grenzpolitik. Im Anschluss Konzert: Señor Depressivo – ‚Depressionen für Millionen‘. Ort: Wohlwillstr. 10

Videos zu Hausbesetzungen (ab 18h)

Wie klappt das eigentlich mit der Aktivierung von Bewohner*innen im Stadtteil:

- ein bisschen Spaß und Subkultur oder Fokus auf rein politischen Anspruch?

Wie können wir wirksam in die Stadtentwicklungspolitik eingreifen:

- Mit der Stadt verhandeln oder gegen die Stadt arbeiten? Wie gehen wir mit dem Widerspruch zwischen unseren Aktivtäten und lokalen Aufwertungsprozessen um?

Und: Inwiefern macht eine zukünftige (regionale?) Vernetzung linker Ladenprojekte Sinn?

Bundesweite Vernetzung von stadt- und mietenpolitischen Gruppen auf dem RAS Forum (9-11h)

Wir laden euch zur 2.bundesweiten Vernetzung von stadt- und mietenpolitischen Gruppen ein. Dieses findet im Rahmen des Recht auf Stadt Forums am 18./19.Mai in Hamburg statt. Das erste Treffen hatte im März in Berlin einerseits die Vorbereitung des Aktionstages gegen #Mietenwahnsinn am 6.April besprochen. Desweiteren ist die Vernetzung der Versuch die verschiedenen Gruppen stärker zusammenzubringen, um voneinander zu lernen und gemeinsame bundesweite Forderungen zu stellen, denn viele Auseinandersetzungen mit Vermietern und wohnungspolitischen Kämpfe im Lokalen benötigen grundlegende Entscheidungen mindestens auf bundesweiter Ebene. Bundespolitische Forderungen werden gleichzeitig auch im neuen Wohnbündnis gestellt, indem neben uns Initiativen & Recht auf Stadt Netzwerken auch Gewerkschaften, Mieter- und Sozialverbände mitarbeiten. Wie wir uns dort einbringen könnten, ist eine weitere Frage. Das Treffen im Rahmen des Recht auf Stadt Forums will den 6.4. nachbereiten, die Idee bisher nicht beteiligten Gruppen vorstellen, die gemeinsame Programmatik weiterentwickeln und nächste Schritte der Vernetzung beschliessen. Dazu wird es ein paar konkrete Vorschläge geben. Eine Grundlage unserer Forderungen - so haben wir auf dem Treffen im März beschlossen - sind die 5 Forderung, die bereits im 2017 aktiven Mietenwahnsinn stoppen Bündnis erarbeitet wurden. Wichtig ist durch die Vernetzung einen Mehrwert für die einzelnen lokale Ins zu produzieren, die Lage zu analysieren und die Basisarbeit zu stärken. Weitere Fragen sind unsere konkrete Organisation und die Ressourcenfrage so wie unsere Vorstellungen zur Idee einer bundesweite Demo 2020. Im weiteren Verlauf dieses Jahres soll es ein bundesweites WochenendTreffen geben, damit wir unsere Forderungen zusammen mit vielen weiteren Gruppen erarbeiten können. Dort wäre denkbar an spezifischen Themen zu arbeiten und zu einzelnen Unternehmen Arbeitsgruppen anzubieten. Wie das genau läuft und wann, wollen wir in Hamburg besprechen.

Podium „Mit Vielen mehr erreichen. Was große Netzwerke und Bündnisse bewirken können“ (11-13)

Das Recht auf Stadt-Forum ist der schönste Beweis: Stadt- und wohnungspolitischer Aktivismus ist immer auch Netzwerkarbeit. In den letzten Jahren sind auf bundesweiter und auch auf europäischer Ebene neue gemeinsame Orte und Strukturen entstanden und weiter gewachsen. Die gigantischen Demos gegen den Mietenwahnsinn und die riesige Parade We`ll come United in Hamburg zeigen, wie wirksam Netzwerke sind, wenn sie als echte Multiplikatoren - im Sinne einer Bewegung der Vielen - wirken. Gleichzeitig kommen, wie bei Solidarity City, Forderungen nach einer Stadt für alle und Kämpfe für Bewegungsfreiheit und Bleiberecht zunehmend zusammen. Das alles ‚passiert‘ natürlich nicht einfach, sondern wird von vielen Beteiligten organisiert und getragen - Zeit mal darüber zu sprechen, wie das eigentlich alles genau funktioniert. Was sind die Bedingungen dafür, dass Netzwerkarbeit gelingt? Und was bedeutet eigentlich „gelingen“? Wie breit müssen Bündnisse sein, um politischen Druck zu erzeugen? Und warum sind manche Vernetzungsversuche so mühsam und andere funktionieren scheinbar wie von selbst? Diese und weitere Fragen wollen wir beim Abschlusspodium diskutieren mit: Marion Bayer vom Solidarity City Netzwerk, Alice Hamdi von der European Housing Coalition und Sandrine Woinצע vom Bündnis Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn.

„Institut für Grauzonen“, Envillaço

im Rahmen unseres Festivals zur Solidarischen Stadt vergangenes Jahr sind wir unter dem Titel „Institut für Grauzonen“ auf die Suche nach Ideen, Projekten und Praktiken gegangen, die schon heute eine Stadt mehr zu einer Stadt für alle macht (vom Jobticket-Sharing über den anonymisierten Krankenschein, über Zusammenarbeiten von Ausländerbehörde und Flüchtlingsrat bis hin zu Bürgerasyl u. v. w.). Die Zeit hat uns jedoch überholt und wir haben nur erste Beispiele zusammengetragen können. Deswegen möchten wir die Idee des Instituts gemeinsam